

listischen Marktwirtschaft“ ganz nach oben auf die Tagesordnung gerückt.

In China herrschte Ende der 80er Jahre eine gewaltige marktwirtschaftliche Euphorie, die von einer kräftigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung begleitet war. Hätte es die Tiananmen-Affäre von 1989 nicht gegeben, wäre das Land möglicherweise schon bald ins GATT aufgenommen worden. Statt dessen aber steht das Land immer noch vor der Tür, und dies auch nach der Neuorganisation der Institution, die seit 1.1.95 bekanntlich WTO (World Trade Organization, Welthandelsorganisation) heißt und deren Ziel darin besteht, eine Öffnung der Weltmärkte auf der Basis eines für alle gleichermaßen gültigen Rechtssystems herbeizuführen, also eine einheitliche „Straßenverkehrsordnung“ für den liberalen Weltmarkt zu schaffen.

1998 feiert GATT/WTO sein 50. Gründungsjubiläum. Aus diesem Anlaß fand Mitte Mai im Genfer Völkerbundpalast ein Jubiläumskongreß statt, an dem alle WTO-Mitgliedsstaaten beteiligt waren, deren Zahl auf mittlerweile 132 angestiegen ist. Vor der Tür der WTO stehen allerdings immer noch fast drei Dutzend Länder, darunter vor allem China, Taiwan und Rußland, welche letztere längst Beitrittsverhandlungen führen.

Zwei Hindernisse stehen dem WTO-Beitritt Chinas vor allem entgegen, nämlich erstens die Taiwanfrage (als Nr.11 der Außenhandelsstaaten will Taiwan sich nicht unbedingt von der Nr.10, nämlich der VRCh, verdrängen lassen, sondern gleichzeitig mit ihr oder vielleicht sogar zeitlich vorgezogen beitreten).

Zweitens aber sind es vor allem die amerikanischen Bedenken gegen mangelnde Liberalität im chinesischen Außenwirtschaftsverhalten, die nach wie vor als Haupthindernis wirken. Man zweifelt in Washington daran, ob die VR China tatsächlich genügend marktwirtschaftlich agiert, um für echte Globalisierung tauglich zu sein: Vor allem sind es der Versicherungs-, der Verteilungs- und der Buchführungssektor, nicht zuletzt aber auch der Schutz des geistigen Eigentums, der aus der Sicht vieler Amerikaner in China nach wie vor zu kurz kommt.

Angemahnt wird ferner die Umstrukturierung der hochverschuldeten Staatsbetriebe, eine möglichst rasche

Konvertibilität des Yuan sowie eine noch kräftigere Zollsenkung, gar nicht zu reden von der Beseitigung zahlreicher nichttarifärer Schranken.

Vor allem fürchten die USA, daß die Produktpiraterie in China munter weitergeht. Zwar hat die Volksrepublik längst umfangreiche Gesetze zum Schutz des Urheberrechts erlassen und 1994 erstmals rund 21.000 Täter der Fälschung überführt. Doch mußten die Amerikaner, allen voran der Handelsbeauftragte Mickey Kantor, immer wieder darauf hinweisen, daß es vor allem in Südchina zahlreiche Fabriken gibt, die ein schwungvolles Fälschergewerbe betreiben. Im Januar 1995 beispielsweise lagen die Fälschungen nach Expertenschätzungen in Höhe von 70 Mio. CDs und Laserdisks; daneben soll eine Unmenge von CD-Software kopiert worden sein. Es fehle der chinesischen Regierung nicht an der Fähigkeit, diesem Gewerbe das Handwerk zu legen, sondern am Willen dazu, meinte Kantor – und vertrat damit eine Ansicht, die offensichtlich bis auf den heutigen Tag fortbesteht. Eine Zeitlang planten die Amerikaner sogar, chinesische Waren im Wert von rund 2,8 Mrd. US\$ mit Strafzöllen von bis zu 100% zu belegen.

Auch an der chinesischen Landwirtschaftspolitik wird von amerikanischer Seite herumgemäkelt, vor allem was die Höhe von Subventionen für Exportgüter anbelangt.

China ist an einer WTO-Mitgliedschaft nach wie vor vor allem deshalb interessiert, weil ihm dadurch automatisch die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt würde, die es – im Handel mit den USA – ansonsten jedes Jahr neu bestätigt erhalten muß. Zwar ist diese Neubestätigung bisher noch alle Jahre erfolgt – auch 1998 wieder –, doch will man sich chinesischerseits mit einer solchen Ad-hoc-Regelung in Permanenz nicht mehr zufriedengeben.

China fühlt sich immer wieder ungleich behandelt – und mit Hinhalte-taktiken konfrontiert. Schon 1994 hatte beispielsweise der damalige GATT-Generaldirektor Sutherland den Beitritt in Aussicht gestellt und darauf hingewiesen, daß das gerade angenommene neue Außenhandelsgesetz bei den weiteren Verhandlungen eine positive Rolle spielen werde: Das Gesetz habe eine Verrechtlichung des Außenhandelsystems mit sich gebracht.

Auch die Taiwanfrage sei, wie man chinesischerseits bemerkt, entschärft, da Taiwan nicht als eigener Staat, sondern als separates Zollterritorium unter dem Namen „China-Taipei“ aufgenommen werden solle – und dagegen offensichtlich von keiner Seite Einwendungen bestünden (dazu bereits XNA, 10.5.95).

Die USA haben jedoch auch jetzt noch nicht über ihren Schatten springen können, sondern bringen Einwände, die freilich geschickterweise nicht nur gegen China, sondern auch gegen die EU und Japan gerichtet sind: Die EU behindere beispielsweise die Einfuhr von US-Produkten vor allem bei Lebens- und Arzneimitteln, hieß es in einem Bericht des neuen US-Handelsbeauftragten Barshefsky von Anfang April 1998. Japan erschwere den Handel u.a. mit Preisabsprachen. China schließlich benutze Zölle und Lizenzverfahren, um die heimische Industrie zu schützen.

Seit der Besuch Clintons im Juni 1998 in den USA eine neue positive Stimmung gegenüber China hat aufgenommen lassen, scheint es jedoch sicher, daß die bisherigen Hindernisse mehr oder weniger rasch verschwinden. Nach wie vor bezeugt Beijing reges Interesse am WTO-Beitritt – und wird hierin übrigens sowohl von Japan als auch von der EU unterstützt. Beijing stört sich auch daran nicht, daß neuerdings an den marktwirtschaftlichen Prinzipien überall heftige Kritik aufkommt, die vor allem von Linksbewegungen, von Umweltaktivisten und von der Agrarlobby stammen und die bei der Genfer Jubiläumstagung am Rande des Geschehens von zahlreichen Demonstranten lautstark zu Gehör gebracht worden ist. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 5 Clinton preist Jiang Zemin als Politiker mit Führungsqualitäten

Während einer Pressekonferenz zum Abschluß seiner Chinareise in Hongkong hat der amerikanische Präsident Clinton den chinesischen Staats- und Parteichef Jiang Zemin als Politiker mit großen Führungsqualitäten gepriesen.

Jiang sei „a man of extraordinary intellect“ and „a very high energy“. Darüber hinaus besitze Jiang eine Schlüsselqualifikation für einen Politiker in Umbruchphasen, nämlich eine „gute Vorstellungskraft“: „He can imagine a future that is different from the present“. Clinton schätzt Jiang keinesfalls als Übergangsfürer, sondern als Politiker ein, der noch für eine längere Zeit die Geschicke Chinas leiten werde.

Das Zugeständnis Jangs, dem amerikanischen Präsidenten durch TV-Direktübertragungen einer Pressekonferenz und einer Rede in der Beijing-Universität einen beispiellosen Zugang zur chinesischen Öffentlichkeit zu gewähren, sei ein Beleg für den guten Willen und das Vertrauen, die zwischen den beiden Präsidenten bestünden.

Zugleich zeigte sich Clinton überzeugt, daß China früher oder später den Weg zur Demokratisierung finden werde: „I believe that leaders of vision and imagination and courage will find a way to put China on the right side of history and keep it there“. (IHT, 4.-5.7.1998) -hei-

## 6 Jiang Zemin läßt Möglichkeiten für politische Reformen ausloten

Mehrere einflußreiche Berater Jiang Zemins befassen sich seit dem letzten Jahr mit der Erkundung von Möglichkeiten zu grundlegenden Reformen des politischen Systems, die zur Legitimationssteigerung, Korruptionsbekämpfung und Effizienzverbesserung beitragen sollen.

Die Chinesische Akademie für Gesellschaftswissenschaften dementierte zwar in einer Pressekonferenz, daß es offizielle neue Forschungsaufträge der Partei- und Staatsführung zu solchen Fragen gebe. Man beschäftige sich schon seit Jahren mit Problemen der rechtlichen und demokratischen Reform in China; die Forschung sei aber auf akademische Einzelfragen begrenzt und beinhalte nicht die Ausarbeitung von umfassenden politischen Strukturformen. (XNA, 10.7.1998; SCMP, 11.7.1998)

Die Stellungnahme der Akademie sollte offensichtlich dazu dienen, überzogene Reformerverwartungen im In- und Ausland zu dämpfen. Denn aus Kreisen chinesischer Politikwissenschaftler wurde bestätigt, daß einige hochran-

gige, enge Berater Jiang Zemins dazu ermuntert worden sind, unterschiedliche Modelle für umfassende Verfassungsreformen auszuloten (AWSJ, 23.7.1998):

- Mit Möglichkeiten zur demokratischen *Legitimation des Staatspräsidenten durch Wahlen* soll sich nach diesen Informationen Wang Huning (der ehemalige Leiter der Sektion für Politikwissenschaft an der Shanghai Fudan-Universität, der jetzt als politischer Berater Jiang Zemins fungiert) befassen. Die Stärkung des Präsidentenamtes, das bislang vornehmlich eine zeremoniell-symbolische Bedeutung besitzt, steht im Zentrum dieser Überlegungen.
- Die Spielräume zur *schrittweisen Einführung eines Parteienwettbewerbs*, der sich aus einer Binnenpluralisierung der Kommunistischen Partei entwickeln könnte, erkundet Liu Ji (stellvertretender Präsident der Akademie für Sozialwissenschaften und ebenfalls ein persönlicher Berater Jiang Zemins) mit einer Forschungsgruppe seit dem letzten Jahr.
- Darüber hinaus sollen die organisatorische Trennung zwischen Partei und Armee (also die Reform des Politkommissar-Systems) und die Stärkung der staatlich-zivilen Autorität des Verteidigungsministeriums Gegenstand von internen Forschungsaufträgen sein.
- Die Stärkung des Rechtssystems und der Rechtssicherheit steht schon seit Jahren im Zentrum von offiziellen und inoffiziellen Forschungsaufträgen. In den vergangenen zwei Jahren haben etwa sechzig Spitzenfunktionäre (unter Einschluß Jiang Zemins) an einer Reihe von Seminaren über Grundlagen des internationalen Rechts sowie des Wirtschaftsrechts teilgenommen.

Jiang Zemin scheint zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß die größtenteils aus der Revolutionszeit stammenden politischen Institutionen der VR China keine günstige Grundlage für eine langfristig tragfähige ökonomische und soziale Entwicklung mehr bieten. Ausländische politische Systeme – von den Vereinigten Staaten über europäische Demokratien bis hin zu Taiwan und Südkorea – werden von Politikberatern inzwischen mit

der Absicht studiert, die Institutionen ausfindig zu machen, die sich mit Modifizierungen auch im chinesischen Kontext bewähren könnten. -hei-

## 7 Maßnahmen gegen Korruption in Justizorganen

Nach Angaben der Obersten Volksstaatsanwaltschaft sind in den letzten zehn Jahren bei den Stellen, die für die Entgegennahme von Korruptionsbeschwerden aus der Bevölkerung eingerichtet wurden, insgesamt knapp 1,5 Mio. Anzeigen gegen Partei-, Regierungs- und Verwaltungsfunktionäre eingegangen. 1988 sei die erste Stelle für Korruptionsbeschwerden in der SWZ Shenzhen geschaffen worden, inzwischen gebe es landesweit 3.600 solcher Büros. 80% der von den Staatsanwaltschaften in diesem Zeitraum durchgeführten 642.000 Korruptionsermittlungen gingen auf Anzeigen aus der Bevölkerung zurück. Informanten würden vor Repressalien geschützt und erhielten für Hinweise, die zur Aufklärung großer Korruptionsfälle beitrugen, bislang Belohnungen in Höhe von rund zehn Mio. Yuan RMB. (XNA, 20.7.1998)

Einen Schwerpunkt der Korruptionsbekämpfung im Sommer 1998 bilden die Justiz- und Polizeiorgane. Dies sehen Zirkulare der ZK-Organisationsabteilung der KPCh, der Obersten Volksstaatsanwaltschaft und des Obersten Volksgerichtes vor. Rund 20.000 leitende Richter und Staatsanwälte in den Justizorganen oberhalb der Kreisebene sollen zum Gegenstand individueller Korruptionsüberprüfungen werden. Darüber hinaus sollen 3.700 örtliche Staatsanwaltschaften und deren für Korruptionsermittlungen zuständige Büros überprüft werden. (SCMP, 9. und 10.7.1998; XNA, 30.7.1998)

Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen von nun an nicht mehr über die Einnahmen aus Gerichtsgebühren, Geldstrafen sowie kommerziellen Nebengeschäften (Rechtsberatung, Verlage etc.) selbst verfügen, sondern müssen diese Gelder zunächst an die Zentralregierung abführen. Damit soll dem irregulären Finanzgebaren in vielen Justizorganen vorgebeugt werden. Auch soll die finanzielle Abhängigkeit von regionalen Gerichten und Staatsanwaltschaften gegenüber den regionalen Verwaltungen durch eine stärker zentralisierte Mittelvergabe

durchbrochen werden. Es wurden bereits von der Zentralregierung finanzierte Gerichte etabliert, denen speziell die Behandlung von provinzenübergreifenden Fällen obliegt.

Noch viel schwieriger als im Falle der Justizorgane stellt sich die Korruptionsbekämpfung in Chinas gewaltigem Polizeiapparat dar. Die Polizeiorgane können weiterhin selbst über die Einnahmen aus Gebühren, Geldstrafen usw. verfügen und sind bisher nur in Ausnahmefällen zum Ziel großangelegter Korruptionsermittlungen geworden. Um guten Willen zu zeigen, benannte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit 31 „Sonderaufseher“ (darunter finden sich keine hochrangigen Funktionäre, sondern politisch einflußschwache Künstler und Journalisten), die gegenüber den Polizeiorganen den wohl nur symbolischen Status eines Ombudsmannes für Beschwerden wahrnehmen sollen, aber über keine konkreten Untersuchungsbefugnisse verfügen. (XNA, 24.7.1998) Ohne eine Disziplinierung der Polizeiorgane aber werden sich die Bemühungen um eine Korruptionsbekämpfung im Justizapparat als wenig wirkungsvoll erweisen. -hei-

## 8 Kampagne zur Bekämpfung des Schmuggels

Zum Abschluß einer nationalen Konferenz zur Bekämpfung des Schmuggels wurde Mitte Juli ein umfassendes Maßnahmenkatalog verabschiedet. Ein neu errichtetes ressortübergreifendes Lenkungsorgan, reorganisierte Zollorgane sowie spezielle Polizeieinheiten sollen die bislang kaum wirkungsvoll bekämpften Schmuggelaktivitäten – insbesondere auch den von lokalen Zoll- und Polizeibehörden sowie Einheiten der Volksbefreiungsarmee mitbetriebenen Schmuggel – eindämmen. Die *Volkszeitung* sprach davon, daß der Aufbau eines völlig neuen Systems der Schmuggelbekämpfung angesichts der bislang höchst ineffizienten Strukturen unverzichtbar sei. (SCMP, 6./14.7.1998; RMRB, 16.7.1998)

Die Maßnahmen stehen in engem Zusammenhang mit den jüngsten Versuchen, Korruption und kommerzielle Unternehmungen in den Armee- und Sicherheitsorganen zu reduzieren. Zwar war schon in vergangenen Jahren zur Bekämpfung des Schmuggels aufgerufen worden, aber auf der jüng-

sten Konferenz wurden deutlich härtere Töne gegen die Hintermänner von Schmuggelringen in Partei und Verwaltung angeschlagen.

Jiang Zemin hob auf der Konferenz hervor, daß der Schmuggel ein noch nie dagewesenes Ausmaß angenommen habe und die chinesische Wirtschaft und Industrie ernsthaft bedrohe. Schmuggel sei ein „Gift für die Gesellschaft“, das Korruption hervorbringe und die Autorität der Zentralregierung sowie die Glaubwürdigkeit der Kommunistischen Partei untergrabe. Jiang wies darauf hin, daß in die größeren Schmuggelringe häufig höherrangige Funktionäre involviert seien, die solche illegalen Aktivitäten unter anderem durch Ausstellen falscher Zollpapiere deckten und davon profitierten. Auch würden manche Schmuggelringe durch Stellen von Zoll, Polizei und Armee geschützt.

Der Direktor der Nationalen Zollhauptverwaltung, Qian Guanlin, kritisierte in einem ungewöhnlich offenen Bericht an die Partei- und Staatsführung, daß in vielen Fällen – namentlich in Guangdong, Shandong und Liaoning – Personal und Organe der Provinzregierung in organisierte Schmuggelaktivitäten verwickelt seien: Korrupte Funktionäre stünden hinter den meisten Schmuggelaktivitäten. Die hochrangige politisch-administrative Rückendeckung mache Ermittlungen gegen Schmuggelringe schwierig. Zunächst müsse man das Funktionieren der Schmuggelnetze verstehen, bevor man deren illegale Tätigkeiten unterbinden könne. Private Unternehmen spielten eine wachsende Rolle im Absatz der geschmuggelten Güter. Anders als früher würden nicht nur Zigaretten, Alkohol, Geräte und Kleidung geschmuggelt, sondern zunehmend auch Autos, Computer, Rohstoffe (einschließlich Öl) und sogar Waffen. (RMRB, 27.7.1998; SCMP, 28.7.1998) -hei-

## 9 Armee soll sich von ihren kommerziellen Unternehmungen trennen

Die Partei- und Staatsführung unternahm im Juli einen weiteren Versuch, die vielfältigen kommerziellen Unternehmungen der Volksbefreiungsarmee (häufig ironisiert als „PLA Inc.“) unter zivile Kontrolle zu bringen. In seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ordne-

te Jiang Zemin mit Wirkung vom 22. Juli an, daß sich die Armee von nun an vollständig aus ihren Unternehmungen zurückziehen habe. (SCMP, 23.7.1998) In einem Zirkular wurde die Trennung von Hoheitsorganen und kommerziellen Unternehmungen nicht nur im Bereich der VBA, sondern auch der Bewaffneten Volkspolizei sowie der Justiz- und Polizeiorgane vorgeschrieben. Der Einnahmenausfall soll durch staatliche Haushaltsmittel kompensiert werden.

Von verschiedenen Einheiten der VBA werden schätzungsweise rund 20.000 kommerzielle Unternehmungen kontrolliert, die von Armeeprivilegien wie einer weitgehenden Abgabefreiheit profitieren und in einem von ziviler Kontrolle nahezu unbehinderten rechtsfreien Raum operieren. Diese Unternehmungen sind nicht nur eine Quelle der Korruption, des Schmuggels und sonstiger illegaler Wirtschaftstätigkeiten, sondern auch Gegenstand anhaltender Reibungen zwischen Armee-Einheiten und lokalen Regierungsstellen.

Die neue Initiative von Jiang Zemin und Zhu Rongji zur Abkoppelung des Wirtschaftsimperiums der Armee soll auf einen Zwischenfall in Südchina zurückgehen. Als Prüfer der Staatlichen Rechnungskontrollbehörde die Wertpapierfirma J&A Securities, einen der fünf größten, mit Kapital der Militärregion Guangzhou gegründeten chinesischen Wertpapierhändler, aufsuchten, um irreguläre Finanzgeschäfte und außergewöhnlich hohe Spekulationsverluste zu prüfen, wurden sie vom Sicherheitspersonal der Firma bedroht, festgesetzt und schließlich gewaltsam vom Firmengelände vertrieben. Seit Februar dieses Jahres hatten chinesische und Hongkonger Korruptionsermittler gemeinsam gegen J&A Securities unter anderem wegen Veruntreuung von Anlagegeldern und aktiver Bestechung ermittelt.

Der Zwischenfall rief bei Zhu Rongji und Jiang Zemin offenbar heftige Reaktionen hervor und trug zu den jüngsten Maßnahmen gegen Militärunternehmen bei. Zwei leitende Manager von J&A Securities – beide ehemalige VBA-Offiziere – wurden inzwischen verhaftet und nach Beijing gebracht. In diesem heiklen Fall, in den auch hochrangige Parteifunktionäre und Militäroffiziere verwickelt sein sollen, wird die Militärstaatsanwaltschaft ermitteln; das Verfahren wird unter

Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. (*Tung Fang Jih Pao*, Hongkong, nach SWB, 18.7.1998; SCMP, 25.7.1998; AWSJ, 24.-25.7.1998)

Die Entkoppelung von Armee und kommerziellen Unternehmungen wird sich in keinem Falle kurzfristig durchsetzen lassen, zumal die staatlichen Haushaltsmittel nicht ausreichen werden, um den resultierenden Einnahmeausfall zu kompensieren. Auch werden sich für die zahlreichen defizitären kleinen und mittleren Militärunternehmen – ähnlich wie für die vielen maroden Staatsunternehmen – kaum zivile Käufer finden lassen. (*Ming Pao*, 25.7.1998, nach SWB, 28.7.1998)

John Frankenstein, einer der besten Kenner des chinesischen Militärisch-Industriellen-Komplexes, äußerte sich skeptisch zu den jüngsten Vorstößen der Parteiführung: „They start off these big projects with lots of fanfare, but things soon disappear in the sand.“ (AWSJ, 30.7.1998) -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 10 Stärkere Betonung akademischer Forschung an Akademie der Sozialwissenschaften

Die 1977 gegründete Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, die seit Jahren Schwierigkeiten hat, ihre Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, und mit entsprechend knappen Finanzmitteln ausgestattet ist, scheint jetzt über ihre Rolle neu nachzudenken. Nachdem sie bislang als ihre erstrebenswerte Funktion die Beratung der Partei und Regierung ansah und Wissenschaftler dieser Akademie auch tatsächlich wichtige Teile der Reform- und Öffnungspolitik geplant und entworfen haben, sind in jüngster Zeit kritische Stimmen zu vernehmen, die eine zu große Praxisorientiertheit in der Akademiearbeit bemängeln und dadurch das wissenschaftliche Niveau der Akademie gefährdet sehen. Deshalb hat der neue Akademiepräsident Li Tieying, der dieses Amt im März von dem marxistischen Historiker Hu Sheng über-

nahm, kürzlich betont, die Akademie der Sozialwissenschaften müsse mehr Wert auf akademische Forschung legen und sich nicht so sehr mit kleineren praktischen Problemen befassen. Sein Ziel sei, die Akademie zu einer erstklassigen Einrichtung für sozialwissenschaftliche Forschung zu machen, die zu den besten der Welt gehöre. Dazu sei es erforderlich, theoretische Forschung zu stärken und Themen von grundlegender Bedeutung zu wählen, anstatt sich kurzfristig auf Themen von aktuellem Interesse für Partei und Regierung zu werfen. Diese könnten bestenfalls ein Nebenprodukt grundlegender Theorien sein. Es wird zugegeben, daß für praktische Probleme, insbesondere „heiße“ wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen, leichter Mittel zu beschaffen seien als für abstraktere Themen wie Archäologie oder Anthropologie, aber die Bearbeitung solcher Fragen wird nicht als Hauptaufgabe der Akademie betrachtet. Nach Li Tieying soll praxisorientierte Forschung zwar nicht aufgegeben werden, aber sie soll nur betrieben werden, wenn sie Themen von strategischer und allgemeiner Bedeutung für Chinas Entwicklung behandelt. Er machte klar, daß die Kapazität der Akademie für die Bearbeitung praktischer Probleme und insbesondere für Informationsbeschaffung für die Regierung begrenzt sei. Das Schwergewicht soll statt dessen auf eine Reihe wissenschaftlich anspruchsvoller Forschungsprojekte gelegt werden, die exzellente Forschungsergebnisse versprechen und geeignet sind, das akademische Niveau der gesamten Akademie anzuheben. Hierbei handelt es sich um 98 Schwerpunktprojekte, die durch ein strenges Begutachtungsverfahren aus den derzeit in Arbeit befindlichen gut 500 Forschungsprojekten der Akademie ausgewählt wurden und speziell gefördert werden sollen. Dazu zählen u.a. wirtschaftstheoretische Themen, Prognosen der sozioökonomischen Entwicklung sowie eine Wirtschaftsgeschichte der Volksrepublik. (Vgl. GMRB, 12.7.98; XNA, 11. u. 15.7.98)

Noch ist es zu früh zu beurteilen, ob die jetzt angekündigte Maßnahme möglicherweise den entscheidenden Schritt zu einer grundlegenden Reform der Forschungsarbeit an der Akademie der Sozialwissenschaften bedeutet. Ein solcher Schritt müßte darin bestehen, daß die Akademie endlich von ihrer Vereinnahmung

durch die Politik befreit und zu unabhängiger Forschung befähigt würde. -st-

### 11 Hochschulreform: Revidierter Studienfächerkatalog

Wie im vergangenen Jahr angekündigt, hat das Bildungsministerium jetzt den revidierten Studienfächerkatalog veröffentlicht (vgl. dazu C.a., 1997/5, Ü 10). Er führt alle Studienfächer auf, die an regulären Universitäten und Hochschulen studiert werden können und in denen ein regulärer Abschluß erlangt werden kann. Die Neufestlegung des Fächerkanons war notwendig, weil dieser sich in den achtziger Jahren auf über 1.300 Spezialfächer aufgebläht hatte mit der Folge, daß Chinas Hochschulabsolventen nicht breit genug ausgebildet und aufgrund ihrer engen Spezialisierung beruflich häufig nur begrenzt einsetzbar waren. Eine erste Reduzierung auf 504 Studienfächer war bereits 1993 vorgenommen worden. Jetzt wurde der Fächerkatalog abermals gekürzt, und zwar um die Hälfte auf nunmehr 249 Studienfächer. Diese gliedern sich in elf Fakultäten, nämlich Philosophie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Pädagogik, Literaturwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Agrarwissenschaft, Medizin und Betriebswissenschaft. Der neue Fächerkanon kommt bereits dieses Jahr in der Planung zur Anwendung, bevor er im Jahre 1999 endgültig in Kraft tritt. Studenten, die sich vor 1999 immatrikuliert haben, können noch nach dem alten Fächerkanon ausgebildet werden. (RMRB, 17.7.98, S.5) Durch die Neuordnung der Studienfächer werden es die künftigen Hochschulabsolventen Chinas auf dem Arbeitsmarkt leichter haben; zugleich paßt sich China stärker internationalen Normen an. -st-

### 12 Probleme bei gemischt finanzierten Schulen

Das Bildungsministerium hat kürzlich eine „Meinungsäußerung zum Experiment der Reform des Schulsystems im Bereich der Plichterziehung“ herausgegeben. Hintergrund ist, daß sich die Reform des Schulsystems offensichtlich nicht im Sinne der Regierung entwickelt. Dabei geht es vor allem um die Betreiber der Schulen, d.h. die